

**Grundsatzpapier**

# **Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende**

**Strategisch – Nachhaltig – Innovativ**

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.**

Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt

Stand: 09.02.2024

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorwort.....</b>	<b>3</b>
<b>Strategischer – Nachhaltiger – Innovativer.....</b>	<b>6</b>
<b>1. Der entwicklungspolitische Status quo .....</b>	<b>9</b>
Halbzeit der Sustainable Development Goals.....	9
Afrika und Asien im Vergleich .....	10
<b>2. Fragen an die deutsche Entwicklungspolitik .....</b>	<b>12</b>
<b>3. Zeit für Investitionen in Schlüsselsektoren .....</b>	<b>16</b>
Rohstoffe .....	16
Infrastruktur.....	18
Energie .....	19
<b>4. Entwicklungs- und Exportfinanzierung aus einem Guss ....</b>	<b>22</b>
Spielräume der Lieferbindung strategisch nutzen .....	25
Vergabepraktiken mit fairem Wettbewerb in Einklang bringen..	26
Lieferkettenregulierungen entwicklungspolitisch flankieren .....	28
<b>5. Zeit für Technologie- und Innovationspartnerschaften .....</b>	<b>29</b>
Beispiel Satellitennutzung .....	31
<b>6. Grundvoraussetzungen zum Leben und Wirtschaften .....</b>	<b>32</b>
Gesundheit .....	32
Wasser- und Ernährungssicherheit.....	33
Bildung.....	34
<b>Quellen .....</b>	<b>36</b>
<b>Über den BDI.....</b>	<b>39</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>39</b>

## Vorwort

Der Kontext, in welchem Entwicklungspolitik stattfindet, hat sich fundamental geändert. Der Traum vom vermeintlichen Ende der Geschichte ist verblasst. Die neue Realität ist gekennzeichnet vom Ringen um eine neue Weltordnung. Dessen Kern ist ein globaler Systemwettbewerb zwischen autokratischen Regimen und demokratischen Staaten. Bestimmt wird er von politischen Machtmanövern mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln. Es geht neben dem Lösen globaler Herausforderungen um Allianzenbildung, geostrategische Interessen, Rohstoffsicherung und Technologieführerschaft.

Im konfliktgeladenen Kampf um eine neue Weltordnung loten viele Länder ihre Positionen aus. Die Reaktionen auf den Krieg in der Ukraine und den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel zeigen: Immer weniger Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützen Positionen des Westens oder möchten sich für eine Seite entscheiden. Deutschland und Europa müssen auf das neue Selbstverständnis der Länder im sogenannten Globalen Süden sowie deren Positionsbestimmungen eine starke und attraktive Antwort finden. Für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) heißt das: Auf die sicherheitspolitische muss die entwicklungspolitische Zeitenwende folgen.

Es ist Zeit, nüchtern Bilanz zu ziehen. Die Entwicklungspolitik vergangener Jahrzehnte hat zu wenige Hoffnungen erfüllt. Rund 85 Prozent der von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedeten *Sustainable Development Goals* (SDGs) werden voraussichtlich nicht wie geplant bis 2030 erreicht. Was sich die Bevölkerungen in Entwicklungsländern am meisten wünschen, fehlt weiterhin in zu vielen Regionen: Bildungsmöglichkeiten, Jobs, funktionierende Infrastrukturen und Perspektiven für die nächste Generation.

Auch stößt die staatliche Entwicklungspolitik immer wieder an ihre Grenzen oder ist gar kontraproduktiv, wenn sie lokale Regierungen aus ihren Verantwortungen entlässt (Moss et al. 2006).<sup>1</sup> Die Vielzahl der EZ-Instrumente und der administrativen Anforderungen verhindert an zu vielen Stellen ein effektives und effizientes Handeln (IDOS 2017). Das BMZ zieht aus Evaluierungen zu selten übergreifende strategische Schlussfolgerungen (OECD 2021). Zudem erfordert der Druck des Mittelabflusses in der staatlichen EZ häufig

---

<sup>1</sup> In der wissenschaftlichen Literatur gibt es eine strittige Debatte um die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, z.B. mit Blick auf Armutsbekämpfung oder Wirtschaftswachstum, siehe exemplarisch Arndt et al. (2009) oder Groß & Nowak-Lehmann Danzinger (2022).

ad hoc-Ausgaben zu Projekt- oder Jahresende. Das konterkariert den Ansatz, langfristige Ziele möglichst effizient zu erreichen.

Die Konsolidierung des Haushalts ist eine Chance für die EZ. Die notwendigen Einsparungen sollten Anreiz zum effizienteren entwicklungspolitischen Handeln sein und ein ergebnisorientierteres Management befördern.

Private Investitionen sind dabei Teil der Lösung. Unternehmen und private Kapitalgeber agieren allerdings nur dort, wo sie Chancen auf Erfolg sehen. Erst wenn die Rahmenbedingungen ausreichend wettbewerbsfähig sind, stehen deutsche Unternehmen bereit, sich langfristig zu engagieren.

Daher gilt es, Investitionen in Infrastrukturen, Rohstoffförderung und -verarbeitung, Technologien, Energiesysteme und in industrielle Entwicklung politisch stärker zu flankieren. Es braucht – auch im Sinne einer gezielten Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten der Unternehmen – mehr konkrete Finanzierungsangebote und Risikoabsicherung für Aktivitäten im sogenannten Globalen Süden.

Länder wie China, aber auch OECD-Mitglieder wie Japan, Südkorea und die USA nutzen bereits smarte Kombinationen von Entwicklungsfinanzierung und Außenwirtschaftsförderung. Schließlich wird der intensive Wettbewerb auf dem Weltmarkt zunehmend über attraktive und maßgeschneiderte Finanzierungsangebote und nicht nur über die beste Qualität entschieden. Deutschland hinkt hinterher. Wer privates Kapital ernsthaft mobilisieren möchte, muss dringend nachziehen und Misstrauen gegenüber der Privatwirtschaft auf der Strecke lassen.

**Kurz gesagt:** Eine Zeitenwende in der Entwicklungspolitik ist notwendig, weil die EZ in ihrer jetzigen Form in vielen Ländern keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung befördert und der Großteil der SDGs nicht bis 2030 erreicht wird, perspektivisch weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und der globale Systemwettbewerb kein „Weiter so“ erlaubt.

Angesichts dieser Herausforderungen schlägt der BDI u. a. folgende Maßnahmen vor:

- **Bürokratieabbau und mehr Wettbewerb im EZ-System:** Der jetzige rechtliche Rahmen legt fest, dass die staatliche deutsche EZ (FZ und TZ) vor allem durch Durchführungsorganisationen umgesetzt wird. Stärkerer

Konkurrenzdruck durch mehr Ausschreibungen und Wettbewerb bei Vergaben und Beauftragungen würde die Kosteneffizienz und Innovationskraft in der Entwicklungspolitik steigern.

- **Mehr Mittel für Finanzierungsunterstützung und die Risikoabsicherung privaten Kapitals:** Zaghafte erste Ansätze zur Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sollten in schlagkräftige Maßnahmen und Instrumente übersetzt werden.
- **Beendigung der Vergabe von ODA-Mitteln an China beziehungsweise chinesische Staatsunternehmen:** Entwicklungsgelder müssen endlich so genutzt werden, dass – wenn immer möglich – deutsche und europäische Bieter die Chance haben, in internationalen Vergabeverfahren von ihnen zu profitieren.
- **Förderung von Entrepreneurship, Innovation und neuen Technologien:** Die deutsche EZ sollte auf Wachstumstreibern in Partnerländern aufsetzen und gezielt insbesondere industrierelevante Startups und Gründerzentren sowie den Einsatz von neuen Technologien wie Satelliten, die schnelles Internet in entlegene Regionen bringen, fördern.

**Es ist Zeit für einen Neustart.** Dieses Grundsatzpapier liefert Ansätze und Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie für die dringend notwendige **entwicklungspolitische Zeitenwende**.

## Strategischer – Nachhaltiger – Innovativer

### Strategischer

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern hat ein Wettlauf um politischen und wirtschaftlichen Einfluss begonnen, insbesondere um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten. Allen voran hat China im Rahmen seiner *“Going Global Strategy”* von 1999 und der *“Belt and Road Initiative”* aus dem Jahr 2013 seine Aktivitäten im sogenannten Globalen Süden massiv gesteigert. Bis 2030 könnte China die EU als größten Handelspartner Afrikas ablösen (KPMG 2023). Mit großen – oft von der Regierung finanziell gestützten – Investitionen in Infrastrukturen trägt China zur industriellen Entwicklung der Länder bei und sichert sich gleichzeitig strategische Rohstoffe. Durch undurchsichtige Verträge geraten dabei nicht wenige afrikanische Länder in ein veritables Verschuldungsproblem. EZ-Mittel aus OECD-Ländern kommen ins Spiel, wenn diese Schulden im Rahmen der von IWF und Weltbank gegründeten *„Highly Indebted Poor Countries“* (HIPC) Initiative erlassen werden.

Für Russland geht es neben der Sicherung des politischen Machtanspruchs um afrikanische Absatzmärkte für Getreide und Waffen. Indien ist nach China bereits zweitgrößter Investor in Subsahara-Afrika (KPMG 2023). Und auch die Golfstaaten sowie das NATO-Mitglied Türkei vermarkten sich auf dem Kontinent und bauen ihren Einfluss systematisch aus. So hat die türkische Regierung die Anzahl ihrer Botschaften auf dem afrikanischen Kontinent in den vergangenen Jahren knapp vervierfacht, betreibt eine Militärbasis in Somalia und setzt vielerorts Infrastrukturprojekte um.

Insgesamt stellen die BRICS- Staaten vermehrt in einer *„Süd-Süd-Kooperation“* Unterstützungsleistungen für Entwicklungsländer bereit – ohne sich an die im *Development Assistance Committee* (DAC) der OECD vereinbarten Standards und Praktiken halten zu müssen (IP 2009). Die immer selbstbewussteren Länder des sogenannten Globalen Südens haben damit die Wahl, mit wem sie zusammenarbeiten.

Deutschland und Europa sollten ihnen attraktive, partnerschaftliche und gezielte Angebote machen. Die Bemühungen des BMZ, die entwicklungspolitischen Aktivitäten geografisch und thematisch stärker zu konzentrieren, sind bislang *„ernüchternd“* (DEval 2022). Eine übergeordnete strategische Ausrichtung mit klarer Gesamtvision fehlt (OECD 2021).

Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Partnern gelingt nur, wenn unsere Absichten und Interessen transparent sind – sei es der Zugang zu Märkten mit dem Ziel einer strategischen Diversifizierung oder der Zugang zu Rohstoffen wie Seltenen Erden, Kobalt, Erdgas oder Wasserstoff.

*Erklärbox: Definition „Strategische Entwicklungspolitik“*

*Unter **strategischer Entwicklungspolitik** versteht der BDI eine ressortübergreifend kohärente Politik, deren Ziele langfristig sind, die Bedürfnisse der Partnerländer berücksichtigen und gleichzeitig den eigenen geostrategischen Interessen dienen.*

## **Nachhaltiger**

Die EU und ihre 27 Mitgliedsstaaten leisten zusammen rund 46 Prozent der internationalen EZ und sind damit der weltweit größte Geber (BMZ 2023b). Allein die Zusagen deutscher bilateraler EZ aus Haushaltsmitteln haben sich zwischen 2000 und 2020 inflationsbereinigt mehr als vervierfacht (DEVal 2022). Die Projekte sind oftmals zu ineffizient, zu wenig sichtbar und zu wenig aufeinander abgestimmt (IDOS 2017; KAS 2023). Enden die Projekte, enden zu häufig auch die Erfolge. Es braucht langfristige Programme und Investitionen (FAZ 2023).

So wird etwa eine stärkere Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in den meisten Partnerländern positiv gesehen. Schließlich stehen deutsche Unternehmen für qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen, Systemlösungen, Einbindung und Ausbildung lokaler Partner, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit konsekutiver Wertschöpfung in den Partnerländern sowie die Einhaltung international vereinbarter Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards oder auch technischer Normen.

Unternehmen können jedoch nur zur nachhaltigen Erreichung entwicklungspolitischer Ziele beitragen, wenn sie ausreichend wettbewerbsfähig sind und Gewinne erzielen. Es gilt, konkrete Finanzierungsmöglichkeiten und Risikoabsicherungen in den Fokus zu rücken und die Wettbewerbsfähigkeit in internationalen Vergabeverfahren durch eine stärkere Berücksichtigung qualitativer Kriterien sicherzustellen.

Zudem ist der Koordinierungsaufwand bei entwicklungspolitischen Kooperationen mit der Privatwirtschaft, z. B. im Rahmen komplexer Verhandlungsstrukturen, deutlich zu verringern. Je langfristiger die öffentlich-private Zusammenarbeit angelegt ist, desto höher sind die Effizienzgewinne und desto positiver die Effekte im Partnerland (DEval 2021).

### **Innovativer**

Die Entwicklungspolitik muss mitsamt ihrer staatlichen Durchführungsorganisationen dynamischer und innovativer werden. Dies würde helfen, die vorhandenen Haushaltsmittel möglichst effektiv zu nutzen. Die große Absicherungsmentalität der Ministerien gegenüber dem Bundesrechnungshof führt zu viel schwerfälliger, papierbasierter Bürokratie, etwa im Rahmen von Projektabrechnungen. Das ist seit Langem nicht mehr zeitgemäß. Das Zuwendungsrecht ist dringend reformbedürftig.

Bürokratieabbau würde auch die „Effektivität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an den Bedarf der Partnerländer“ erhöhen (OECD 2021). Bislang fehlt dem BMZ der Mut für große innovative Technologieprojekte, die gerade auf dem afrikanischen Kontinent von großer Bedeutung wären: Hier zeigt sich ein rasanter digitaler Wandel mit einer Vielzahl neuer innovativer Technologie-Start-ups. Der Ausbau digitaler, leitungsgebundener Infrastrukturen hinkt diesem Trend in vielen Regionen angesichts geringer Besiedlungsdichten hinterher (GIZ 2022). Das behindert Produktivitätssteigerungen, Chancengleichheit sowie den Zugang zu Bildung und Informationen.

Der GIZ-Evaluierungsbericht 2022 zeigt auf, dass Projektzyklen oft zu kurz sind, umfassende digitale Veränderungsprozesse abzuschließen und notwendige infrastrukturelle Maßnahmen umzusetzen. In den Jahren 2018 bis 2021 gingen durchschnittlich nur 0,2 Prozent der gesamten bilateralen deutschen ODA-Zusagen in Kommunikationsinfrastrukturen (BMZ 2023a).

Beispielsweise können Satelliten-Konstellationen dabei unterstützen, schnelles Internet in entlegene Regionen zu bringen. Zudem kann die Nutzung von Erdbeobachtungsdaten aus dem All dazu beitragen, Düngemittel oder Schädlingsbekämpfungsmittel zielgerichteter auszubringen und so die Erträge landwirtschaftlicher Produkte signifikant steigern.

Solche innovativen Möglichkeiten und Lösungsansätze würden vor allem im Wettbewerb, d. h. im Rahmen von Projektausschreibungen, vermehrt zu Tage treten.

Insgesamt sollte die staatliche Entwicklungspolitik den enormen entwicklungspolitischen Nutzen neuer Technologien weitaus stärker in ihr Handeln integrieren. Es ist Zeit für neue Ansätze und neue Lösungen, nicht zuletzt, um den Folgen des Klimawandels schneller und effizienter begegnen zu können.

Die deutsche EZ sollte auf Wachstumstreiber in Partnerländern aufsetzen und gezielt insbesondere industrierelevante Startups, Gründerzentren, FabLabs oder MakerSpaces und damit Entrepreneurship fördern. Deutsche Unternehmen sollten dabei schon bei der Konzeption von EZ-Programmen gezielt eingebunden werden. Ihr Interesse an neuen Business-Netzwerken, Knowhow-Austausch und Fachkräften sollte die EZ ebenso nutzen wie ihr Fungieren also Sparring Partner.

## 1. Der entwicklungspolitische Status quo

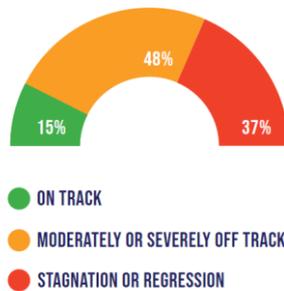
### Halbzeit der Sustainable Development Goals

Mit der Agenda 2030 haben sich 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung gesetzt. Sie verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung.



Multiple Krisen haben in den vergangenen Jahren die Umsetzung erschwert, sodass die Halbzeitbilanz ernüchternd ausfällt. Bei nur 15 Prozent von den – mit ausreichend Daten hinterlegten – 140 Unterzielen ist die Weltgemeinschaft auf dem richtigen Weg. Bei etwa der Hälfte der

Unterziele gibt es zwar Fortschritte, diese reichen aber nicht aus, um die SDGs bis 2030 zu erreichen. Bei mehr als einem Drittel der Ziele gibt es keine Veränderung oder es werden sogar Rückschritte im Vergleich zu 2015 verzeichnet (UN 2023).



Quelle: UN (2023).

Zudem bestehen in Entwicklungs- und Schwellenländern massive Finanzierungslücken, die sich vor allem durch die Corona-Pandemie ausgeweitet haben. Laut *World Investment Report* ist die Lücke von 2,5 Billionen USD im Jahr 2015 auf 4,3 Billionen USD pro Jahr angestiegen (UNCTAD 2023).

*“Unless we act now, the 2030 Agenda will become an epitaph for a world that might have been.”*

António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen

## Afrika und Asien im Vergleich

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist seit 1990 in Afrika um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr gestiegen, in Indien um fünf Prozent und in China um acht Prozent (McKinsey Global Institute 2023).

Obwohl afrikanische Länder deutlich mehr Entwicklungshilfe über die Jahre erhalten haben, konnten sie bei Weitem nicht mit den Dynamiken in Asien, vor allem mit denen Chinas, mithalten. Die Gründe für Afrikas langsamere Entwicklung und die unbefriedigenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind vielfältig und haben vor allem mit der fehlenden Reformbereitschaft der jeweiligen Regierungen zu tun. Mangelnde internationale Entwicklungshilfe ist jedoch nicht das Problem.

	Net ODA received per capita (current USD)		Total Net ODA received (current USD)
	1960	2021	1960 – 2021
Subsahara-Afrika	3,00	53,00	1.208.956.229.000,00 (1,2 Billionen) bzw. 1614 per capita
(Süd-)Ostasien & Pazifik <sup>2</sup>	1,00	5,00	344.097.680.000,00 (344 Milliarden) bzw. 198 per capita

<b>Warenexporte (Merchandise exports) von 1960 bis 2022 (current USD)</b>  <u>Subsahara-Afrika</u> : von 5,8 Mrd. USD auf ca. 455 Mrd. USD <u>(Süd-)Ostasien &amp; Pazifik</u> : von 6,24 Mrd. USD auf 5,05 Bil. USD	<b>BIP pro Kopf von 1960 bis 2022 (current USD)</b>  <u>Subsahara-Afrika</u> : von 136 auf 1.690 <u>(Süd-)Ostasien &amp; Pazifik</u> : von 91 auf 9.952
<b>Anteil der Bevölkerung mit sicherer Sanitärversorgung, 2020 – 2022</b>  <u>Subsahara-Afrika</u> : von 17 auf 26 Prozent <u>(Süd-)Ostasien &amp; Pazifik</u> : von 19 auf 64 Prozent	<b>Lebenserwartung bei Geburt, 1960 - 2021</b>  <u>Subsahara-Afrika</u> : von 41 Jahre auf 60 Jahre <u>(Süd-)Ostasien &amp; Pazifik</u> : von 38 Jahre auf 76 Jahre

Quelle: Weltbank (2023a)

Bis 2050 wird sich die afrikanische Bevölkerung knapp verdoppeln – auf rund 2,5 Milliarden Menschen (McKinsey Global Institute 2023). Daher sollte der Schwerpunkt aller EZ-Aktivitäten auf der Schaffung von Arbeitsplätzen liegen – durch Investitionsförderung, gezielte Industrialisierung, umfassenden Infrastrukturausbau und Außenhandel sowie die Förderung von Entrepreneurship, Innovation und Technologien. Auch China und beispielsweise Vietnam haben für ihre Entwicklungen hier den Fokus gesetzt, die klassische westliche Entwicklungshilfe hat nur wenig beigetragen.

<sup>2</sup> Weltbank-Daten für die Region „East Asia & Pacific (excluding high income)“.

## 2. Fragen an die deutsche Entwicklungspolitik

<b>Deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ)</b>	
	<b>Finanzielle Zusammenarbeit (FZ)</b>
	Ziel: Investitionsförderung in Partnerländern
	<b>Technische Zusammenarbeit (TZ)</b>
	Ziel: „Capacity Development“ von Menschen, Organisationen und Gesellschaften in Partnerländern
Hauptakteur	<b>KfW Entwicklungsbank</b> FZ mit staatlichen Institutionen
Auswahl weiterer Akteure	<b>Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG)</b> Finanzierung privater Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern  <b>KfW IPEX-Bank</b> Projektfinanzierungen und Kredite für die deutsche und europäische Wirtschaft
	<b>Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)</b> Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung  <b>sequa gGmbH</b> Entwicklungsorganisation in der Privatsektorförderung  <b>Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)</b>  <b>Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)</b>

1. **Warum zieht Deutschland keinen strategischeren Nutzen aus seiner Vorreiterrolle im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit?** Deutschland ist mit rund 28 Milliarden Euro in 2021 weltweit zweitgrößter Geber im DAC der OECD hinter den USA (BMZ 2023a). Obwohl davon rund ein Drittel an multilaterale Organisationen geht, bleibt beispielsweise Deutschlands Bedeutung in den Vereinten Nationen relativ gering.
2. **Ist die ODA-Quote noch zeitgemäß?** Sollte nicht die Effizienz der EZ-Maßnahmen entscheidender sein als die Summe, die insgesamt ausgegeben wird? Die international vereinbarte, aber rechtlich nicht bindende ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens basiert auf Berechnungen aus den 1960er Jahren. Seitdem haben sich die entwicklungsökonomischen Erfordernisse fundamental verändert, sodass der Zielwert eher politischer Natur ist. Deutschland erreichte das Ziel erstmals 2016 – vor allem durch hohe

Aufwendungen für die Versorgung von Flüchtlingen im eigenen Land, die auf die Quote anrechenbar sind (Bundestag 2023).

- 3. Warum vergibt das BMZ einen Großteil der Projekte ohne Ausschreibung direkt an die GIZ?** Es braucht mehr Wettbewerb in der Entwicklungspolitik, um endlich kosteneffizienter zu agieren. Alternative Organisationen wie die sequa gGmbH und private Unternehmen sollten eine Chance haben, sich stärker einzubringen – nicht nur als Unterauftragnehmer. Mehr Wettbewerb würde den Innovationsgeist wecken und beispielsweise mutige Technologieprojekte zur Lösung von Problemen auf den Radar holen. So ist etwa zu hinterfragen, warum das BMZ-Förderprogramm develoPPP nur noch durch die GIZ und die DEG angeboten wird, aber nicht mehr durch die sequa gGmbH.

*Erklärbox: Kammer- und Verbandspartnerschaften (KVP)*

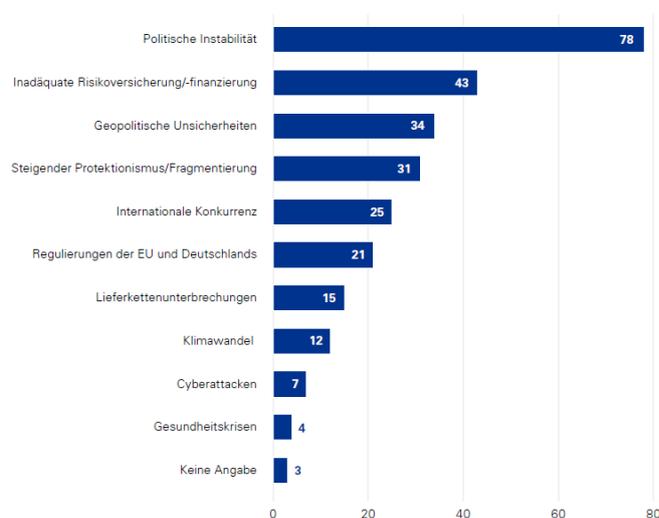
*In vom BMZ geförderten und von der sequa gGmbH durchgeführten KVP-Projekten bringen deutsche Kammern und Verbände ihre Kompetenzen ein, um die Interessensvertretungen des Privatsektors in den Partnerländern institutionell zu stärken. So werden beispielsweise neue Dienstleistungsangebote für Unternehmen entwickelt und bessere Rahmenbedingungen zum Wirtschaften geschaffen. Diese Projekte haben sich durch konkrete Kooperationen zwischen Akteuren der Privatwirtschaft als erfolgreich, praxisnah und entwicklungspolitisch wirksam erwiesen und sollten weiter ausgebaut werden. Oft werden die Kooperationen nach Auslaufen der Projekte selbstständig und langfristig weitergeführt.*

**Beispiel Automobilindustrie:** *Im Rahmen eines vom BMZ geförderten PartnerAfrika-Projektes unterhält der Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA) eine Verbändepartnerschaft mit dem panafrikanische Automobilverband African Association of Automotive Manufacturers (AAAM). Ziel ist, den Aufbau des Partnerverbandes zu unterstützen und die Voraussetzungen für langfristige Arbeitsplätze auf dem afrikanischen Kontinent zu schaffen. Zudem werden lokale Lösungsansätze für Fahrzeugfinanzierung entwickelt und die Forschung für alternative Antriebe unterstützt. Beide Verbände arbeiten eng mit dem Sekretariat der panafrikanischen Freihandelszone AfCFTA zusammen und unterstützen deren Implementierung. In zahlreichen Ländern (u. a. Ägypten, Ghana, Kenia, Äthiopien, Elfenbeinküste) wurden bereits erste Strategien und gesetzliche Rahmenbedingungen*

*zur Ansiedlung einer heimischen Automobilindustrie erfolgreich entwickelt und verabschiedet.*

4. **Warum gibt es keine stärkere Koordinierung zwischen verschiedenen Geberinstitutionen und EZ-Akteuren vor Ort sowie eine klare übergeordnete Strategie der EU?** Die Zusammenarbeit verschiedener EZ-Institutionen ist ausbaufähig. Gerade im Bereich von Trainings-, Dialog- und Informationsmaßnahmen kritisieren Partner im Ausland allein die deutschen Angebote in vielen Ländern als unkoordiniert. So agieren Botschaften neben Auslandshandelskammern, GIZ-Strukturen und nichtstaatlichen Organisationen. Für die weitere Umsetzung der SDGs bedarf es eines integrierten Ansatzes und eines geschlossenen Vorgehens, ganz nach dem Motto des SDG 17.
  
5. **Warum geht die Verzahnung der EZ mit den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung nur schleppend voran?** Auch nach der im Herbst 2023 veröffentlichten „Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“ fehlen neue Ansätze zur Mobilisierung privaten Kapitals für Entwicklungsländer. Es braucht von Seiten der Entwicklungspolitik und in enger Abstimmung mit dem BMWK adäquate und wettbewerbsfähigere Instrumente der Finanzierung und Risikoabsicherung für eine größere Zahl an Zielländern (siehe Kapitel 4). Dafür sollte der KfW Entwicklungsbank die Möglichkeit gegeben werden, schneller und unbürokratischer zu agieren.

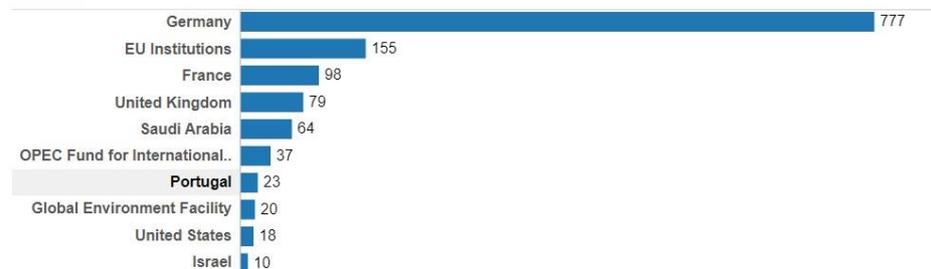
Größte exogene Risiken für Geschäfte in Afrika



Angaben in Prozent. Quelle: KPMG (2023).

6. **Warum ist der bereits für 2021 angedachte Wirtschaftsfonds Afrika bis heute nicht umgesetzt?** Häufig ist die Schwelle, ab der Kredite an Unternehmen vergeben werden, zu hoch und geht an den Bedürfnissen des Mittelstands nach so genannten „small tickets“ vorbei. Die finanzielle Ausgestaltung des Wirtschaftsfonds Afrika sollte schnellstmöglich und zielgenau in einer gemeinsamen Abstimmung der Ressorts für mehrere Jahre finalisiert werden, sodass – in Ergänzung zur klassischen Hermesdeckung – Mittel für strategische Projekte deutscher Unternehmen beim BMWK zur Verfügung stehen. Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2023 waren nur zehn Millionen Euro jährlich für den Fonds vorgesehen. Diese Summe muss dringend erhöht werden, um gerade mittelständische Projekte mit einem hohen entwicklungspolitischen Mehrwert durch ein Zuschuselement wettbewerbsfähig zu machen. So könnte auch eine Antwort auf die Auflagen des „*Sustainable Lending*“ gegeben werden (siehe Kapitel 4).
7. **Ist es entwicklungspolitisch wünschenswert, wenn geostrategische Wettbewerber, allen voran chinesische Unternehmen, bei internationalen Vergaben regelmäßig zum Zuge kommen?** Es sollte stärker nachgehalten und öffentlich diskutiert werden, wohin Entwicklungsgelder gehen. Die EU hat in den vergangenen Jahren relevante Marktanteile und entwicklungspolitisch wie geopolitisch wichtige Projekte in Entwicklungsländern an China verloren. Die chinesische Regierung stärkt die Attraktivität ihrer Unternehmen durch marktverzerrende Kombinationen aus Export- and Entwicklungsfinanzierung der China Development Bank, der China Exim Bank, und der nationalen Exportkreditagentur Sinosure („*blended finance*“). So gewinnen chinesische Unternehmen regelmäßig relevante – direkt oder indirekt mit ODA-Mitteln ausgeschriebene – Vergabeverfahren der EU und multilateraler Entwicklungsagenturen und werben damit für sich in den Partnerländern. 75 Prozent der chinesischen Bauprojekte in Afrika sind aus nicht-chinesischen Quellen finanziert (GTAI 2020).

Top Ten Donors of Gross ODA for China (People's Republic of), 2020-2021 average, USD million



Quelle: OECD (2023a).

### 3. Zeit für Investitionen in Schlüsselsektoren

Deutschlands und Europas Entwicklungspolitik sollte die geostrategisch wichtigen Schlüsselsektoren Rohstoffsicherung und -verarbeitung, Infrastruktur und Energie in den Fokus rücken.

#### Rohstoffe

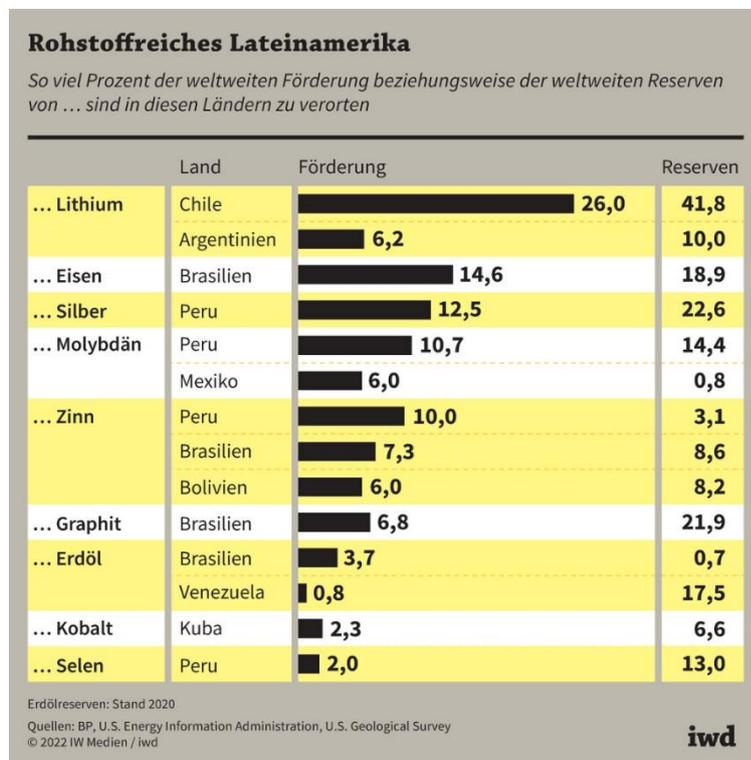
Es ist Zeit, dass sich die Entwicklungspolitik strategisch in das Ringen um den Zugang zu kritischen Rohstoffen einbringt.

Gerade afrikanische Staaten stehen aufgrund ihres Ressourcenreichtums im Fokus. Treiber der enormen Rohstoffnachfrage ist die Doppel-Transformation aus Dekarbonisierung und Digitalisierung. Aktuell reicht laut Internationaler Energieagentur die Zahl an Bergbauprojekten weltweit nur aus, um zwei Drittel der nötigen Metalle zu fördern, die es braucht, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Afrikas Rolle beschränkt sich jedoch bislang zu großen Teilen auf den Export unverarbeiteter Rohstoffe, was nur wenige lokale Arbeitsplätze schafft. Damit sind die Länder anfällig für Preisschwankungen. China hat die Bedeutung der Rohstoffe für seine eigene Wertschöpfung sowie für die Weltwirtschaft früh erkannt und sich relevante und langfristige Zugänge zu Minen gesichert. China investiert in den Abbau vor Ort, lässt die Weiterverarbeitung aber in China stattfinden und schafft so für andere Staaten enorme Abhängigkeiten. Deutschlands Importanteil Seltener Erden aus China ist größer als er es bei Öl und Gas aus Russland je war. Zuletzt hat China den Export von Gallium, Germanium, Graphit und Seltenen Erden durch die Einführung von Exportkontrollen de facto reduziert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass

China seine Kontrolle über Rohstoff-Lieferketten in Zukunft vermehrt als geopolitisches Instrument einsetzen wird. Die Entwicklungspolitik muss diese Bedrohungslage zur Kenntnis nehmen und eigene Beiträge dazu leisten, eine Rohstoffkrise abzuwenden.

Deutschlands Chance liegt darin, die lokale Weiterverarbeitung von Rohstoffen wie Lithium, Kobalt und Bauxit in Afrika zu unterstützen und so einerseits zur Deckung des eigenen Bedarfs und gleichzeitig zur Industrialisierung des Kontinents beizutragen. Der entwicklungspolitische Nutzen vermehrter lokaler Wertschöpfung wäre enorm und sollte den Einsatz von EZ-Mitteln rechtfertigen. Deutsche Unternehmen stehen bereit, beim Aufbau von Produktionskapazitäten zu unterstützen – ob mit Maschinen oder technischem Know-how. Sie brauchen aber die richtige politische Flankierung und Absicherung sowie die Öffnung der EZ-Vergabepraxis. Schließlich haben nachhaltige, diversifizierte Wirtschaftsstrukturen vor Ort auch für Deutschland relevante Vorteile. Der direkte Bezug aus Subsahara-Afrika und anderen rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern, etwa aus Lateinamerika (siehe Grafik), würde Abhängigkeiten von China reduzieren und Wertschöpfungsketten diversifizieren.



Quelle: iwd (2022).

## Handlungsempfehlungen

- Durch eine Verzahnung der Entwicklungszusammenarbeit mit konkreten für die deutsche Industrie relevanten Projekten der Rohstoffförderung sollte die Politik Einfluss auf die Rahmenbedingungen vor Ort nehmen und höhere Standards im Bergbausektor fördern. So kann der Aufbau einer nachhaltigeren Weiterverarbeitungs- und Zulieferindustrie gefördert und gleichzeitig größere Versorgungssicherheit erreicht werden.
- Als Teil eines gemeinsamen Pakets sollten Rohstoffpartnerschaften die Themen Energie, Infrastruktur und Entwicklungszusammenarbeit sowie Instrumente wie Ungebundene Finanzkredite (UFK) zusammenbinden.

## Infrastruktur

Infrastrukturen sind die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Sie liefern Energie und Wasser, erlauben den Transport von Waren zwischen Produzenten und Abnehmern, bieten Menschen physische wie digitale Vernetzungsmöglichkeiten, beeinflussen Standortentscheidungen und ermöglichen eine Diversifizierung von Lieferketten.

In der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik sind Investitionen in wirtschaftliche Infrastrukturen bislang zu unscheinbar. Während beispielsweise Japan im Jahr 2021 rund 37 Prozent seiner bilateralen Finanzausgaben für Energie-, Wasser- und Verkehrsinfrastrukturen nutzte, flossen von den Gesamt-Zusagen der deutschen bilateralen ODA nur sieben Prozent in diese Bereiche (OECD 2023b; BMZ 2023a). Auch von den von der EU im Jahr 2022 ausgezahlten Mitteln in Höhe von rund 17,15 Milliarden Euro flossen nur rund neun Prozent in klassische Infrastrukturen (EU 2023a).

Dabei haben funktionierende Verkehrs- und Telekommunikationssysteme, ebenso wie Energie-, Gesundheits- und Bildungssysteme für Bevölkerungen vor Ort, aber auch für internationale Investoren und unsere eigenen strategischen Interessen großen Nutzen. Zuverlässige Transportwege erleichtern etwa die Lieferung von Rohstoffen und sind Voraussetzung für erfolgreiche Freihandelszonen.

Der Industrialisierungswunsch in vielen Entwicklungsländern sollte ernst genommen werden. In der von der Afrikanischen Union herausgegebenen „*Agenda 2063: The Africa We Want*“ sind zahlreiche Infrastrukturprojekte aufgelistet. Deutschland kann im Rahmen echter Infrastrukturpartnerschaften

dabei unterstützen, die Projekte umweltschonend und emissionsarm umzusetzen.

Die *Global Gateway Initiative* als Europas Strategie für die Aufwertung von Infrastrukturen im Bereich Digitales, Energie und Verkehr setzt hier zurecht an. Auch die Umsetzung im „*Team Europe*“, einem Verbund aus EU, EU-Mitgliedstaaten und ihren Finanz- und Entwicklungsinstituten, ist zu begrüßen. Allerdings ist es bisher nicht gelungen, das Potenzial als zentrales Programm für Diversifizierung und neue strategische Partnerschaften im Infrastrukturbereich auszuschöpfen. Zwar waren die Vorstellung erster Leuchtturm-Projekte und die Aussicht auf Garantien und Absicherungen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 300 Milliarden Euro bis 2027 wichtige Schritte. Die Realisierung konkreter Projekte kommt jedoch zu langsam voran.

### **Handlungsempfehlungen**

- Große Infrastrukturprojekte können, startend als Entwicklungsprojekte, Grundlage für langfristige Partnerschaften sein. Das BMZ sollte seine Maßnahmen für den Aufbau physischer Infrastruktur über die KfW intensivieren und deren Anteil an den Gesamtausgaben signifikant anheben. Zudem sind Kreditvergabeverfahren zu beschleunigen und deutsche Unternehmen aktiv für Planung, Bau und Betrieb einzubeziehen. Auf EU-Ebene sollte sich das BMZ für eine bessere Vernetzung und Kohärenz der EZ und der Außenwirtschaftsförderung einsetzen (siehe Kapitel 4).
- Infrastrukturprojekte im Rahmen der *Global Gateway Initiative* brauchen eine übergeordnete Strategie. Einzelprojekte in den Bereichen grüner Wasserstoff, Solarparks und Windenergie haben zu wenig Schlagkraft. Das Potenzial der deutschen Industrie in den Bereichen Verkehr, Wasser(kraft) und Abwasser wird zu selten abgefragt, obwohl der weltweite Bedarf enorm ist. Es gilt, den Blickwinkel zu weiten und auch strategische Rohstoffsicherung und -verarbeitung als zentrales Element zu integrieren. Zudem sollten Verkehrsanbindungen verkehrsträgerübergreifend gestärkt und auf neue Anforderungen, wie den Transport von Wasserstoff sowie nachhaltigen Kraft- und Brennstoffen, vorbereitet werden.

### **Energie**

Viele Länder, insbesondere in Afrika, benötigen massive Investitionen in Stromerzeugung und Stromnetze. Ohne stabile Energieversorgung sind

Produktivitätssteigerungen kaum möglich. Der Energiebedarf wird angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums und neu entstehender Industrien in Entwicklungs- und Schwellenländern laut BMZ bis 2050 um 70 Prozent steigen.

Das BMZ unterstützt ausgewählte Partnerländer durch bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften sowie durch plurilaterale Partnerschaften im Rahmen der G7 (*Just Energy Transition Partnerships*) (BMZ 2023c). Deutschlands Industrie ist gut aufgestellt, die Transformation der Partnerländer mit einer Vielzahl an Klimaschutz- und Energiewendetechnologien sowie mit Know-how zu unterstützen. Deutschland sollte die Anwendung dieser Technologien im Globalen Süden stärker strategisch vorantreiben und fördern.

Zudem sollte sichergestellt werden, dass das Verständnis einer „*just transition*“ im sogenannten Globalen Süden dem Ansatz Deutschlands beziehungsweise Europas entspricht. Laut BMZ vereint die „*just transition*“ die Bereiche Klimaschutz, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und sozialen Fortschritt. In einigen afrikanischen Ländern wird „*just transition*“ allerdings mit globaler Gerechtigkeit verbunden (KAS 2023). Afrikanische Länder fordern damit ihr Recht auf wirtschaftliches Wachstum ein und verlangen zudem im Rahmen von Klimaverhandlungen mit Verweis auf die „historische Verantwortung“ finanzielle Unterstützung von Industriestaaten für Maßnahmen zur Emissionsminderung, für die Klimaanpassung sowie für Verluste und Schäden.

## **Unterkapitel**

### **Wasserstoff & strombasierte Kraft- und Brennstoffe (PtX)**

Für Deutschlands Industrie ist Wasserstoff als alternativer Energieträger für schwer elektrifizierbare Prozesse essenziell. Die klimaneutrale Umrüstung kann etwa in der Stahl- und Glasindustrie ohne grünen Wasserstoff nicht gelingen. Auch für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehr sind erhebliche Mengen an grünen Kraftstoffen erforderlich. Um den enormen Bedarf an Wasserstoff sowie strombasierten Kraft- und Brennstoffen (PtX) zu decken, werden Deutschland und Europa absehbar auf Importe angewiesen sein. Die Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung hebt zurecht Entwicklungs- und Schwellenländer als Produktionsstandorte hervor (BMZ 2023d).

Für viele Regionen bietet die Teilhabe an Wasserstoff-Wertschöpfungsketten eine große Chance, insbesondere für afrikanische Länder. Dank der klimatischen und meteorologischen Voraussetzungen sind oft mehrere Arten von erneuerbaren Energien verfügbar, beispielsweise Kombinationen aus Sonnenenergie, Windenergie und Wasserkraft. Das bietet viel Potenzial, nicht zuletzt für Investitionen und neue Arbeitsplätze. Daher bringen sich viele afrikanische Länder bereits engagiert in den Dialog mit Deutschland und Europa ein, beispielsweise im Rahmen des „*Compact with Africa*“.

Deutsche Unternehmen können beim Markthochlauf der Wasserstoffproduktion vor Ort unterstützen. Ihre Innovationsstärke, technologische Expertise und weltweite Präsenz bieten die Chance, bei der Erzeugung, Umwandlung und Nutzung von Wasserstoff eine führende Rolle einzunehmen. Allerdings sind deutsche Unternehmen stets auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen, welche ihnen – auch für Engagements über mehrere Jahrzehnte hinweg – eine verlässlichere Abwägung von Kosten und Risiken in den entsprechenden Märkten ermöglichen.

Zudem sind internationale Standards für Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien, ein internationaler Zertifikatehandel (Book & Claim-Verfahren) sowie internationale Vorgaben für die Anrechnung nachhaltiger Kraftstoffe in den Klimabilanzen von Nutzern und ihren Kunden entscheidende Hebel für einen raschen Hochlauf grüner Moleküle im Verkehr.

Das BMZ hat mit Gründung der *Unternehmensallianz Grüner Wasserstoff* einen wichtigen Schritt unternommen, um das Know-how und die Innovationskraft der Privatwirtschaft mit entwicklungspolitischen Instrumenten zu kombinieren (BMZ 2023e). Die Allianz unterstützt Unternehmen beim Eintritt in den Wasserstoffmarkt, u. a. in Brasilien, Südafrika, Marokko, Algerien und Tunesien. Neben der Entwicklung von Geschäftsszenarien, Analysen und Studien sowie der Ausrichtung von Netzwerk- und Dialogveranstaltungen werden im Rahmen der Allianz bedarfsgerechte Finanzierungsmechanismen aufgesetzt. Beispiele sind H2Global und der PtX-Entwicklungsfonds der KfW. Letzterer zielt darauf ab, Investitionen in PtX-Vorhaben mit einer Mischung aus Zuschüssen und weiteren Finanzierungsinstrumenten der KfW Bankengruppe zu fördern und damit die Finanzierungsmöglichkeiten für Produktion, Transport und Nutzung von Grünem Wasserstoff in den Partnerländern zu unterstützen (KfW 2023a).

## Handlungsempfehlungen

- Das BMZ sollte berücksichtigen, dass es nicht nur den einen Pfad zur Klimaneutralität gibt und anderen Staaten nicht vorgeschrieben werden kann, wie sie diese erreichen sollen. Es müssen stattdessen individuelle Voraussetzungen und Bedürfnisse bedacht werden. So sprechen sich beispielsweise im sogenannten Kigali Communiqué „*Ensuring a Just and Equitable Energy Transition in Africa*“ zehn afrikanische Staaten für den Einsatz von Gas-Ressourcen als Brückentechnologie aus (MININFRA 2022). Das ist ihr gutes Recht, auch wenn klar sein muss, dass es bei einem vorübergehenden Einsatz bleiben sollte, um die Pariser Klimaziele nicht zu gefährden.
- Zu hinterfragen ist, warum sich das BMZ auf die Förderung von grünem Wasserstoff beschränkt. Gerade aus entwicklungspolitischer Sicht sollte der Wunsch vieler Länder nach alternativen, emissionsarmen Wasserstoffarten wie blauen beziehungsweise türkisen Wasserstoff als pragmatische Brückentechnologie anerkannt werden, zumindest bis der Ausbau der vor Ort verfügbaren erneuerbaren Energien ausreichend fortgeschritten ist. Dies gilt besonders für Kontexte, in denen Engpässe am Strommarkt keine Seltenheit sind.

## 4. Entwicklungs- und Exportfinanzierung aus einem Guss

Schnell ist davon die Rede, dass privates Kapital zur Erreichung der SDGs dringend notwendig sei und gehebelt werden müsse. Dass dies in vielen Fällen erst durch die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung in die entsprechenden Länder gelangt, wird zu wenig anerkannt. Erst dank der Exportkredit- und Investitions Garantien können deutsche Unternehmen neueste Technologie exportieren oder Infrastrukturprojekte umsetzen und damit vor Ort die Basis für wirtschaftliche Entwicklung legen. 2022 übernahm der Bund Exportkreditgarantien in Höhe von 14,9 Milliarden Euro. Von diesem Deckungsvolumen entfielen rund 83 Prozent auf Schwellen- und Entwicklungsländer (BMWK 2023).

Seit Jahrzehnten plädiert die deutsche Industrie für eine engere Verzahnung der EZ mit der Außenwirtschaftsförderung. Angesichts des intensiven geostrategischen Wettbewerbs um Systeme, Einfluss, Märkte und Technologieführerschaft ist diese Forderung drängender denn je.

China als Nicht-OECD-Mitglied sowie Akteure innerhalb der OECD (z. B. Japan, Südkorea, USA, Frankreich) bündeln bereits verschiedene Förderinstrumente und verschaffen ihren Unternehmen durch einen Finanzierungsmix, der auch de facto gebundene EZ-Gelder umfasst, entscheidende Vorteile beim Markteintritt und bei der Marktausweitung. Wie eine VDMA-Benchmarkstudie zeigt, kann Deutschland von anderen Ländern lernen, wie die Einführung innovativer Kombinationen von Export- und Entwicklungsfinanzierung gelingen kann (VDMA 2023).

#### *Hintergrund:*

*Die Modernisierung des **OECD-Konsensus** im Juli 2023 war ein erster Schritt in die richtige Richtung, um dem Unterbietungswettbewerb innerhalb der OECD zu begegnen. Das neue Regelwerk begrenzt die unregulierte Exportunterstützung. Die Anpassungen stärken die Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, insbesondere bei „grünen“ Projekten. **Dennoch reicht der aktuelle Umfang an in Deutschland angebotenen Garantien und Versicherungen für ein globales Level Playing Field nicht aus.***

Fällt die deutsche Wirtschaft gegenüber der internationalen Konkurrenz weiter zurück, ist die Diversifizierung von Lieferketten und Absatzmärkten bedroht. Zudem würde die Industrie an Wertschöpfungskraft im Inland und weitere Marktanteile im Ausland verlieren. Das hätte nicht zuletzt entwicklungs- und umweltpolitische Auswirkungen in unseren Partnerländern, denn deutsche Technologien sind im internationalen Vergleich an besonders hohe Standards geknüpft. Wenn etwa Wettbewerber mit weniger nachhaltigen Technologien Nachrüstungen an Anlagen übernehmen, ist dem Klima nicht geholfen. Deutschland braucht endlich innovative, kreative und flexible Lösungen, um seine Exporteure auf dem Weltmarkt zu unterstützen und nachhaltige Partnerschaften mit dem sogenannten Globalen Süden einzugehen.

#### **Handlungsempfehlungen**

- Es braucht einen unbürokratischen und wettbewerbsfähigen Baukasten mit nationalen Exportkreditgarantien, einer europäischen Finanzierungsfazilität und Entwicklungsfinanzierungen. Eine gemeinsame Strategie auf EU-Ebene fehlt. Die *EU Global Gateway Initiative* und der „*Team Europe*“-Ansatz könnten die Grundlage für einen gemeinsamen, sogenannten „*Whole-of-Government-Approach*“ bieten. Eine einfache Verzahnung der Instrumente kann gelingen, indem beispielsweise Entwicklungsbanken niedrigschwellige Zusatzinvestitionen für Projekte finanzieren, die

durch eine Hermesdeckung abgesichert sind. Zudem könnten solche Absicherungsmaßnahmen für Unternehmen systematisch in EZ-Projektbudgets einkalkuliert werden.

- Neben den Anreizen für „grüne“ Projekte der klimapolitischen Sektorleitlinien sollte die Politik in der Außenwirtschaftsförderung über entwicklungspolitische Zusatzprogramme nachdenken. So könnten etwa Projekte, die einen besonders hohen sozialen Nutzen haben, besonders viele gute Arbeitsplätze vor Ort schaffen oder umfassende Ausbildungsinitiativen integrieren, von der flankierenden EZ profitieren.
- Die Möglichkeiten einer Ausfuhrkreditfazilität der EU als Ergänzung zu nationalen Fazilitäten wurden bereits im Rahmen einer Machbarkeitsstudie untersucht und mit klaren Empfehlungen hinterlegt (EU 2023b). Es liegt an der Bundesregierung, sich in Brüssel für eine entschlossene Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen einzusetzen.
- Die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung sind nicht mit eurozentrierten Anforderungen zu überfrachten, sondern technologieoffen an den Bedarfen der Entwicklungsländer zu orientieren. Die lokalen Gegebenheiten, Anforderungen und Transformationsprozesse sollten – neben eigenen strategischen Interessen – deutlich stärkere Berücksichtigung finden.
- Produkte deutscher Unternehmen werden auch von staatlichen Kunden in stark verschuldeten Ländern nachgefragt. Diese Geschäfte scheitern jedoch häufig an den Auflagen des „*Sustainable Lending*“ der OECD. Die Vorgaben begrenzen die Kreditaufnahme staatlicher Einrichtungen in 72 Ländern, hauptsächlich in Afrika (z. B. in Ghana und Kenia), aber beispielsweise auch in Kambodscha, Myanmar, Usbekistan und Honduras (OECD 2023c). Hier ist es notwendig, Zuschusselemente aus dem FZ-Topf des BMZ erhalten zu können, die unter die ODA-Quote fallen. So könnten Projekte konkret vorangetrieben werden, ohne auf die FZ-Ausschreibung zu warten, und deutsche Unternehmen wären wieder wettbewerbsfähig. Eine Umsetzung des Wirtschaftsfonds Afrika ist dringend geboten.
- Es braucht – schon allein angesichts der Inflationsentwicklung – größere Volumina für den Afrika-CIRR, die Festzinskomponente für die staatlichen Kunden in afrikanischen Märkten.

*Erklärbox:*

*Der Afrika-CIRR ist ein Festzinsprogramm, für das die Bundesregierung Haushaltsmittel bereitstellt. Die KfW IPEX-Bank wurde von der KfW mit der Abwicklung des Programms beauftragt.*

*Mit dem Afrika-CIRR werden Kredite zur Finanzierung deutscher, großvolumiger Exporte in afrikanische Bestellerländer gefördert. Im Rahmen des Programms kann der berechnete Bankenkreis Kredite an die Käufer deutscher Exportgüter beziehungsweise an Banken im afrikanischen Bestellerland zu dem von der OECD festgelegten Mindestzinssatz CIRR (Commercial Interest Reference Rate) vergeben. Für die berechtigten Kreditinstitute stellt die KfW im Rahmen des Programms eine Refinanzierung bereit (KfW 2023b).*

## Spielräume der Lieferbindung strategisch nutzen

Exportkreditgarantien sind in der Regel daran gebunden, dass ein bestimmter Prozentsatz des Gesamtauftragswerts in Deutschland erwirtschaftet wird. Ziel dieser Lieferbindung ist, die eigenen Unternehmen zu stärken und international wettbewerbsfähig zu machen. Im Gegensatz dazu sind die Leistungen der Entwicklungshilfe traditionell ungebunden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Liefergebundene Entwicklungshilfe ist in der Regel nur dann erlaubt, wenn sie ein hohes Zuschusselement enthält – also das Geberland sehr teuer kommt. Viele geostrategische Wettbewerber nutzen das Prinzip der sogenannten „*tied aid*“ strategisch.

Die BRICS-Länder haben bereits 2014 eine eigene Entwicklungsbank, die *New Development Bank*, gegründet, die hauptsächlich Infrastrukturen in den BRICS-Staaten finanziert und fast ausschließlich Lieferungen aus den eigenen Reihen zulässt (EU 2023b).

Auch in anderen OECD-Ländern ist selbst die offizielle Lieferaufbindung oftmals de facto gebunden. So besteht die japanische Regierung im Rahmen ihres Kreditprogramms STEP darauf, dass bei Infrastrukturprojekten ein japanischer Generalunternehmer zum Zuge kommt. Auch die *International Development Finance Corporation* (DFC) der USA beziehungsweise ihre „*Build Back Better World*“-Initiative, die von den G7 unterstützt wird, kombiniert bewusst die Unterstützung für Entwicklungsländer mit der Förderung eigener nationaler Exporteure und Investoren (EU 2023b).

So vergaben 2019/2020 beispielsweise Japan, die USA, Frankreich und Großbritannien 60 bis 85 Prozent ihres gesamten Auftragsvolumens de facto

an heimische Firmen, obwohl sie ODA-fähige Entwicklungsausgaben als größtenteils ungebunden angaben (OECD 2022). Das hat ernstzunehmende Auswirkungen auf das Level Playing Field innerhalb der OECD.

Im Vergleich profitieren deutsche Unternehmen in sehr viel geringerem Ausmaß von staatlich finanzierten EZ-Projekten. Deutschland hat in diesem Zeitraum nur elf Prozent des Volumens als de facto „tied“ vergeben.

	Zuschlagsvolumen bilaterale ODA		an nationale Firmen		in Prozent gemessen am Volumen
	Anzahl der Verträge	Volumen in Mio. USD	Anzahl der Verträge	Volumen in Mio. USD	
<b>USA</b>	104	2.206	60	1.871	<b>85</b>
<b>Japan</b>	113	7.831	73	6.134	<b>78</b>
<b>Großbritannien</b>	92	730	69	516	<b>71</b>
<b>Frankreich</b>	453	1.251	258	752	<b>60</b>
<b>EU</b>	3.942	8.092	2.125	2.772	<b>34</b>
<b>Deutschland</b>	1.092	2.941	419	317	<b>11</b>

Quelle: OECD (2022).

## Handlungsempfehlungen

- Deutschland sollte, genau wie die Global Gateway Initiative, alle Spielräume für „tied aid“ nutzen. Der BDI begrüßt, dass die OECD bereits dabei ist, die Regeln der Lieferaufbindung zu überprüfen und plädiert für eine Neuregelung, die dem globalen Systemwettbewerb Rechnung trägt. Offener Bieterwettbewerb („untied aid“) ist an vielen Stellen nicht mehr zeitgemäß.

## Vergabepraktiken mit fairem Wettbewerb in Einklang bringen

Im Rahmen der EZ können deutsche Unternehmen immer dann besonders erfolgreich sein, wenn bei Ausschreibungen neben dem Preis qualitative Kriterien entscheiden. Schließlich sind u. a. eine hohe Qualität der Produkte, die technologische Reife sowie die hohen Standards im Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz zentrale Erfolgsfaktoren der deutschen Industrie.

Diese Fähigkeiten und Kriterien werden über Vergabeverfahren der Partnerländer noch zu wenig eingefordert. Zu häufig kommen geostrategische Wettbewerber aufgrund günstigerer Kostenstrukturen zum Zug.

Insgesamt profitieren gerade die BRICS-Staaten enorm von Vergaben mit „untied“ ODA der OECD-Länder. Beispielsweise haben die *International Bank for Reconstruction and Development* (IBRD) sowie die *International Development Association* (IDA) als Institutionen der Weltbank, für die Deutschland einer der größten Geber ist, im Zeitraum 2010 bis 2019 Vergaben im Gesamtwert von 52,4 Milliarden USD an BRICS-Unternehmen vergeben, in der gleichen Zeit aber nur 23,6 Milliarden USD an die EU 27 (EU 2023b).

Gerade der Wettbewerb mit chinesischen Staatsfirmen, die keinen Gewinn erzielen müssen und häufig von hohen Subventionen profitieren, ist hochproblematisch. Sie können internationale Ausschreibungen mit Dumpingpreisen dominieren. Das führt dazu, dass deutsche Unternehmen in einigen Fällen den Aufwand einer Angebotserstellung scheuen und gar nicht erst in den Wettbewerb eintreten.

Eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien wie Lebenszyklusanalysen bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen der geförderten FZ-Vorhaben ist für deutsche Unternehmen wettbewerbsentscheidend und angesichts der immer stärkeren internationalen Konkurrenz ein geostrategisches Muss. Zudem sind faire Vergabepraktiken im Sinne des entwicklungspolitischen Nutzens erstrebenswert. Nur wenn deutsche Unternehmen wettbewerbsfähig sind und bei Vergaben eine Chance haben, können sie sich mit modernen Ansätzen für umweltschonende Verfahren oder die Einhaltung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten vor Ort einsetzen.

Die KfW hat bereits eine Toolbox mit Methoden und Verfahren entwickelt, um Nachhaltigkeitskriterien stärker in den Fokus zu stellen. Zudem bietet die KfW verbindliche Musterausschreibungsdokumente mit konkreten Anforderungen und Regelungen zur Ausschreibung von Consultingleistungen, Bauleistungen und Anlagenverträgen für internationale Projektträger.

Auch die Weltbank setzt seit September 2023 verbindlich auf qualitative Kriterien („*Rated Criteria*“) für die meisten internationalen Beschaffungen (Weltbank 2023b). Sie orientiert sich dabei an den drei Säulen der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Ökologie und Soziales. Dies ist eine gute Nachricht für die deutsche Industrie, denn erst mit dem Wissen, dass qualitative Kriterien berücksichtigt werden, lohnt sich der Aufwand einer Angebotserstellung. Somit stärkt die Weltbank den Wettbewerbsgedanken.

Diese innovativen Ansätze sollten auch bei Vergaben europäischer Institutionen stärker genutzt werden, etwa von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Kommission. Der europäische Auslandsbauverband *European International Contractors* (EIC) und der europäische Consultingverband EFCA haben bereits ein „*Toolkit for Sustainable Infrastructure Procurement*“ entwickelt, das der BDI unterstützt.

### **Handlungsempfehlungen**

- Es sollten Mechanismen eingeführt werden, die ungewöhnlich niedrige beziehungsweise qualitativ and ökologisch minderwertige Angebote aussortieren. In Finanzierungsabkommen mit Partnerländern der EZ sollte das BMZ nachhaltige Ausschreibungsverfahren verbindlich vereinbaren, d. h. Projektvergaben stärker auf die Qualität und Nachhaltigkeit der Angebote und weniger auf das Preisniveau ausrichten. Vergabepraktiken sollten stets mit dem Grundsatz eines fairen internationalen Wettbewerbs in Einklang stehen.
- Ein genereller Ausschluss chinesischer Staatsfirmen bei internationalen FZ-Vergaben sollte geprüft werden. Die amerikanische Entwicklungsagentur *Millennium Challenge Corporation* (MCC) handhabt dies bereits so (Global Times 2020). Schließlich gehen auch 89 Prozent der Aufträge im Rahmen von Chinas „Neuer Seidenstraße“ an chinesische Unternehmen (BGA 2022). Chinesische Finanzierungen sind für EU-Unternehmen in der Regel allenfalls als Nachunternehmer zugänglich.

### **Lieferkettenregulierungen entwicklungspolitisch flankieren**

Im Januar 2023 ist das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in Deutschland in Kraft getreten. Es regelt die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in Lieferketten und hat damit entscheidende, auch entwicklungspolitische Auswirkungen auf die weltweiten Geschäftstätigkeiten deutscher Unternehmen.

Statt den Markteintritt zu erleichtern, erhöht die Politik mit der Androhung von Sanktionen die Risiken eines unternehmerischen Engagements im sogenannten Globalen Süden. Die Ausgestaltung der europäischen Lieferkettenregulierung „*Corporate Sustainability Due Diligence Directive*“ (CSDDD) droht, diese Risiken noch zu steigern und nicht-intendierte Effekte zu verstärken.

Werden Lieferketten zurückverlagert – beispielsweise, weil die Kosten einer Überwachung zu hoch sind – sind nicht nur die Diversifizierungsbemühungen deutscher Unternehmen bedroht, sondern auch Umsätze betroffener Exporteure in Entwicklungsländern (IfW Kiel 2021). Dabei sind gerade die Verbindungen über internationale Handelsbeziehungen fördernd für das Wirtschaftswachstum und neue Perspektiven vor Ort.

Tatsächlich gibt fast ein Viertel (23 %) der ab Januar 2023 direkt vom Gesetz betroffenen Unternehmen an, internationale Handelsbeziehungen zu beenden oder einen Rückzug aus Risikoländern zu planen (DIHK 2023). Damit wird das Gegenteil dessen erreicht, was eigentliches Ziel der Vorgaben ist: zu bleiben und die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern („*stay and improve*“). Ein Rückzug ist auch angesichts der im internationalen Vergleich hohen Arbeits- und Sozialstandards deutscher Unternehmen zu bedauern.

Ein weiterer Effekt ist, dass deutsche Unternehmen ihre Lieferketten konsolidieren und tendenziell auf größere Zulieferer setzen, die die Mehrkosten, etwa für Audits oder Trainings der Mitarbeitenden, eher tragen können. Das konterkariert Deutschlands Entwicklungsengagement zur Stärkung lokaler KMU.

### **Handlungsempfehlungen**

- Es gilt, die Unternehmen des sogenannten Globalen Südens zu befähigen, die Vorschriften des EU-Binnenmarktes – ob Lieferkettenregulierung oder *Carbon Border Adjustment Mechanism* – bestmöglich einzuhalten. Dafür sollten verstärkt Mittel der EZ genutzt werden. Es kommt nicht zuletzt auch den Diversifizierungsbemühungen deutscher und europäischer Unternehmen zugute, wenn die Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern auf die Anforderungen der EU eingestellt sind. Handels- und Entwicklungspolitik sollten in dieser Hinsicht deutlich stärker an einem Strang ziehen. Die Nachhaltigkeitsanforderungen in Freihandelsabkommen sind mit konkreten, vom „Team Europe“ koordinierten Entwicklungsprogrammen zu verknüpfen.

## **5. Zeit für Technologie- und Innovationspartnerschaften**

Während sich chinesische und europäische Investitionen in Entwicklungsländern zu großen Teilen auf Rohstoff- und Energieinvestitionen fokussieren, hat Deutschlands stark diversifizierte verarbeitende Industrie mit einem branchenübergreifend starken Mittelstand das Potenzial, die Industrialisierung in

Entwicklungsländern gezielt voranzutreiben. Die deutsche Industrie kann mit neuesten Technologien unterstützen und steht für Innovationspartnerschaften bereit.

Bislang ist der Beitrag der EZ zur digitalen Transformation in Partnerländern gering. Es gilt, die Entwicklung von Insellösungen im Rahmen einzelner Projekte zu vermeiden und stattdessen transformative Veränderungsprozesse langfristig zu begleiten (GIZ 2022).

Dazu gehört auch eine Offensive für industrierelevante Start-ups. Die bisherigen Ansätze zur Förderung von Gründungen vor Ort greifen zu kurz und beziehen die Erfahrungen deutscher Industrieunternehmen nicht ausreichend ein. Es gilt, Innovationen „bottom up“ zu inspirieren, Unternehmertum zu fördern und schließlich zu skalieren.

Gerade in afrikanischen Städten wie Nairobi, Lagos und Accra entstehen bereits viele neue Tech-Unternehmen. Digitale Geschäftsmodelle werden durch *Leapfrogging* den Aufholprozess zu Industrie- und Schwellenländern beschleunigen.

Die vom BMZ im Rahmen der Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angedachten "*Business Innovation Hubs*" sind ein erster Schritt. Sie sollten in deutlich mehr als den angedachten sechs Ländern etabliert werden. Mit Bau und Betrieb der Hubs könnte Deutschland internationaler Vorreiter sein und seine Visibilität als relevantes Industrieland in afrikanischen, südamerikanischen und asiatischen Großstädten deutlich steigern. Zentral ist, dass parallel kapitalgebende Strukturen ausgebaut und verstetigt werden.

Vorbild könnten die von der Stiftung des früheren Außenministers Guido Westerwelle betriebenen „Westerwelle Startup Häuser“ in Kigali, Arusha und Tunis sein. Sie bieten unbürokratische, niedrighschwellige Angebote für junge Unternehmen. Sie dienen als voll ausgestatteter, moderner Co-Working Space mit sicherer Internetverbindung, als Fertigungsstätte für industrielle Prototypen oder als Ort für gemeinsame Veranstaltungen, Workshops und Schulungen.

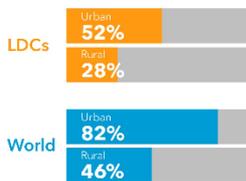
Damit einhergehend gehört auch der Aufbau von Sonderwirtschaftszonen, Industrieparks und Clustern in den Fokus. Deutsche Unternehmen stehen als Sparring Partner bereit, denn auch sie haben Interesse an neuen Verknüpfungen in ihren Wertschöpfungsketten.

## Beispiel Satellitennutzung

In den „*Least Developed Countries*“ hatten im Jahr 2022 nur 28 Prozent der ländlichen Bevölkerung Internetzugang und selbst in Städten nutzte nur rund die Hälfte der Bevölkerung das Internet. NewSpace, die Kommerzialisierung der Raumfahrt und ihre zunehmende Vernetzung mit der Non-Space-Wirtschaft hat enormes Potenzial, diese digitalen Lücken zu schließen.

### Urban/rural digital divide in LDCs

Percentage of individuals using the Internet in 2022



Source: ITU, Facts and Figures: Focus on Least Developed Countries



Satelliten-Konstellationen können schnelles Internet in entlegene Regionen bringen und so den Zugang zu Bildung und Informationen verbessern, eine Teilhabe an globalen Wertschöpfungsketten ermöglichen und neue Geschäftsmöglichkeiten schaffen.

Auch im Bereich Informations- und Datenbeschaffung ist die Raumfahrt im Sinne der SDGs nutzbar, beispielsweise für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. NewSpace kann bei der Überwachung von Naturkatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Waldbränden helfen. Durch Satellitenaufnahmen und Datenanalyse können Frühwarnsysteme entwickelt und Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Satellitendaten können genutzt werden, um landwirtschaftliche Praktiken zu verbessern, Ernteerträge vorherzusagen und die Nutzung von Wasser- und Bodenressourcen zu optimieren. Dies kann dabei unterstützen, von der reinen Projektförderung von Kleinbauern wegzukommen, die landwirtschaftliche Produktivität insgesamt zu steigern und die Ernährungssicherheit nachhaltig zu stärken.

Zudem entsteht mit NewSpace bereits eine neue eigene Industrie in Afrika. Der Bereich bietet großes Potenzial, den Partnerländern auf Augenhöhe zu begegnen. Deutschland sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass die geplante

EU-Satellitenkonstellation IRIS<sup>2</sup> möglichst viele Entwicklungsländer abdeckt.<sup>3</sup>

## **6. Grundvoraussetzungen zum Leben und Wirtschaften**

Gesundheit, Ernährungs- und Wassersicherheit sowie Bildungsmöglichkeiten sind neben Frieden, Rechtssicherheit und funktionsfähigen, verlässlichen Verwaltungsinstitutionen grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. EZ-Projekte in diesen Bereichen sind überaus wichtig. Auch Unternehmen können hier – stets im Rahmen ihrer Möglichkeiten – gezielt Verantwortung übernehmen.

### **Gesundheit**

Die globale Gesundheit ist eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die COVID-19-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, wie eng die Gesundheit aller Menschen weltweit miteinander verknüpft ist und wie sehr sie von funktionierenden Gesundheitssystemen, internationaler Zusammenarbeit und globaler Solidarität abhängt.

Aufgrund der fehlenden Produktionskapazitäten hatten insbesondere viele afrikanische Länder Probleme, ihre Bevölkerungen mit Impfstoffen zu versorgen. Um Engpässe zukünftig zu vermeiden, hat die Afrikanische Union das Ziel gesetzt, die Impfstoffproduktion in Afrika bis 2040 so zu erhöhen, dass 60 Prozent des Bedarfs auf dem Kontinent gedeckt werden können (McKinsey Global Institute 2023). Deutschland sollte Afrika beim Aufbau einer pharmazeutischen Industrie unterstützen – über Forschung, Innovation und Know-how-Transfer.

Auch über Investitionen in die Wasser- und Sanitärversorgung kann die Privatwirtschaft dazu beitragen, das Risiko von Infektionskrankheiten zu verringern. Zudem sind u. a. Laborkapazitäten und Gesundheitsinformationssysteme auszubauen, um die Diagnostik und schließlich auch die Therapie von Krankheiten zu verbessern.

Dabei sollten sowohl FZ und TZ stärker unterstützen. Es gilt, Synergien zu schaffen zwischen der Bereitstellung von Gesundheitsinfrastruktur und -

---

<sup>3</sup> IRIS<sup>2</sup>: *Infrastructure for Resilience, Interconnectivity and Security by Satellite*

finanzierung sowie der flankierenden institutionellen Beratung und Ausbildung.

Dabei sollten auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit sowie das Thema Frauengesundheit mitgedacht werden. Auch Digitalisierung und Innovation sind wichtige Hebel, bei denen Deutschland seine Partnerländer mit angepassten Lösungen über die EZ unterstützen kann.

Um die Gesundheitsversorgung zu verbessern, sollten langfristige „Gesundheitspartnerschaften“ eingegangen werden.

#### *Erklärbox: Gesundheitspartnerschaften*

*Gesundheitspartnerschaften sind politische Partnerschaften mit Ländern mit dem Ziel, die Gesundheitssysteme zu stärken. Gemeinsam mit dem Partnerland werden Prioritäten definiert und anschließend gemeinsam von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt und getragen.*

*Gesundheitspartnerschaften verzahnen die deutsche Expertise in der Gesundheitssystemstärkung mit den Investitionen und dem Know-how der deutschen Wirtschaft. Sie sind damit ein attraktives Instrument der deutschen Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik.*

## Wasser- und Ernährungssicherheit

Die Getreide-Versorgungskrise, ausgelöst durch den russischen Angriff auf die Ukraine, hat die große Abhängigkeit vieler Staaten von externen Nahrungsmittellieferungen verdeutlicht. Gleichzeitig haben die Auswirkungen des Klimawandels verheerende Folgen für die Wasser- und Ernährungssicherheit. Gerade in Subsahara-Afrika fehlen Adaptionkapazitäten. Die Verknappung von Wasser und landwirtschaftlich nutzbaren Flächen führt zu Konflikten und Migrationsbewegungen.

Zudem wird die Weltbevölkerung laut Schätzungen der Vereinten Nationen bis 2050 von heute 8 Milliarden auf voraussichtlich 9,7 Milliarden wachsen. Rund ein Viertel der Menschheit wird in Subsahara-Afrika leben und sich ernähren. Die Produktivität der Landwirtschaft muss dringend steigen und der Wassereinsatz so effizient wie möglich sein.

Die Entwicklungspolitik sollte industrielle Agrarwirtschaften in deutlich stärkerer Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft aufbauen sowie den Zugang zu Know-how und innovativen Produkten, Dienstleistungen, Maschinen und neuen (digitalen) Technologien fördern. Die deutsche Wirtschaft hat

in diesem Bereich viel zu bieten, bis hin zu modernem „*smart farming*“. Die EZ sollte neue Technologien mutiger fördern und einsetzen. Satellitenbasierte Unterstützung aus dem All kann etwa dazu beitragen, Ernteerträge besser vorherzusagen, die Nutzung von Wasser- und Bodenressourcen zu optimieren und die Ausbringung von Saatgut und Düngemitteln effizienter zu gestalten.

Die Unterstützung lokaler Investitionen und der Zugang zu adäquater Finanzierung sind entscheidend dafür, dass innovative Technologien und passende Dienstleistungen in der gesamten Wertschöpfungskette eingesetzt werden können. Zudem sind mehr Großprojekte gefragt, wie beispielsweise neue Anlagen zur Entsalzung von Meerwasser.

## Bildung

Der enorme Bevölkerungszuwachs in vielen Regionen stellt die lokalen Arbeitsmärkte vor große Herausforderungen. Insgesamt sollte die Entwicklungspolitik einen stärkeren Schwerpunkt darauf legen, die junge Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern in Bildung und in Arbeit außerhalb des informellen Sektors zu bringen.

Positiv ist, dass das BMZ seit 2010 Berufsbildungspartnerschaften (BBP) mit der deutschen Wirtschaft fördert. In diesem Rahmen bringen deutsche Kammern und Verbände, deren Berufsbildungszentren sowie Aus- und Weiterbildungsträger ihr Know-how in EZ-Vorhaben ein.

Es gilt, Deutschlands traditionsreiche, industriegetriebene berufliche Aus- und Weiterbildung, die in vielen Ländern hohes Ansehen genießt, noch systematischer einzubeziehen und Bildungsprogramme noch stärker am Bedarf des Arbeitsmarktes vor Ort zu orientieren. Nur wer gut ausgebildete Fachkräfte bietet, lockt weitere ausländische Direktinvestitionen in sein Land.

So führt etwa die Initiative „Fachkräfte für Afrika“ des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) zu hoher Anerkennung bei afrikanischen Partnern. Der VDMA hat gemeinsam mit lokalen Partnern Ausbildungszentren in verschiedenen afrikanischen Ländern (Botswana, Kenia, Nigeria) aufgebaut, um lokale Arbeitskräfte beispielsweise als Servicetechniker für Anlagen zu qualifizieren. Auch Arbeitskräfte afrikanischer Kunden werden in der Anwendung von Maschinen geschult. Das BMZ sollte diese Art von Initiativen als entwicklungspolitisch relevante Maßnahme einstufen und entsprechend fördern.

Zudem muss die Abstimmung mit GIZ-Projekten im Fachkräftebereich und anderen Programmen vor Ort besser werden. Dies wäre auch strategisch gesehen der richtige Schritt. Schließlich geht es auch darum, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften für die Erreichung eigener Ziele im Partnerland zu decken. So gelingt beispielsweise der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur nur mit gut ausgebildeten lokalen Fachkräften für Installationen, Wartungen, die Produktion mit Elektrolyseuren und Brennstoffzellen sowie für den Transport des Energieträgers in andere afrikanische Regionen und nach Europa.

## Quellen

- Arndt, C., Jones, S., & Tarp, F. (2009). Aid and growth – Have we come full circle? UNU-WIDER Discussion Paper No. 2009/05, United Nations University. <https://www.wider.unu.edu/sites/default/files/dp2009-05.pdf>
- BDI (2022). Neustart der deutsch-afrikanischen Beziehungen. <https://bdi.eu/publikation/news/neustart-der-deutsch-afrikanischen-beziehungen>.
- BGA (2022). Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – Gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung. [https://bga.de/fileadmin/user\\_upload/Direkt\\_aus\\_Berlin/DaB\\_13/BGA-Position\\_Entwicklungszusammenarbeit.pdf](https://bga.de/fileadmin/user_upload/Direkt_aus_Berlin/DaB_13/BGA-Position_Entwicklungszusammenarbeit.pdf).
- BMWK (2023). Exportkreditgarantien - Jahresbericht 2022. [exportkreditgarantien.de/ Resources/Persis-tent/d/f/2/a/df2ad3dee0f371a997ac8466998f5b9934d3c4cc/jb-2022.pdf](https://www.exportkreditgarantien.de/Resources/Persis-tent/d/f/2/a/df2ad3dee0f371a997ac8466998f5b9934d3c4cc/jb-2022.pdf).
- BMZ (2023a). ODA-Zahlen: Deutsche ODA. <https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/oda-zahlen/deutsche-oda-leistungen-19220>
- BMZ (2023b). Ministerium – Arbeitsweise. <https://www.bmz.de/de/ministerium/arbeitsweise>.
- BMZ (2023c). Klima- und Entwicklungspartnerschaften. <https://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klima-und-entwicklungspartnerschaften>.
- BMZ (2023d). Die Nationale Wasserstoffstrategie: Beiträge der Entwicklungspolitik, <https://www.bmz.de/resource/blob/169376/handout-die-nationale-wasserstoffstrategie-beitraege-der-entwicklungspoli-.pdf>.
- BMZ (2023e). Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – Unternehmensallianz Grüner Wasserstoff. <https://www.bmz.de/de/themen/wasserstoff/unternehmensallianz-gruener-wasserstoff-152528>.
- Bundestag (2023). Official Development Assistance (ODA) - Definition, Entwicklung, Kritik. Wissenschaftliche Dienste. <https://www.bundestag.de/resource/blob/979862/d2ed4f6b02de896683ee72c1b5e7f951/WD-2-072-23-pdf.pdf>.
- DEval (2021). Evaluierungssynthese zur Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. <https://www.deval.org/de/evaluierungen/laufende-und-abgeschlossene-evaluierungen/evaluierungssynthese-zur-zusammenarbeit-mit-der-privatwirtschaft>.
- DEval (2022). Die Verteilung von Mitteln für die deutsche öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Allokationsstudie zur bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aus Haushaltsmitteln. [https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2022\\_Allokation/2022\\_DEval\\_Allokationsstudie\\_Zusammenfassung.pdf](https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2022_Allokation/2022_DEval_Allokationsstudie_Zusammenfassung.pdf).
- DEval (2023). Die Förderung nachhaltiger Lieferketten am Beispiel des Textilsektors, DEval Policy Brief 10/2023. [https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Policy\\_Briefs/2023\\_10\\_Lieferketten/2023\\_DEval\\_PB\\_10\\_Lieferketten\\_DE\\_barrierefreiesPDF.pdf](https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Policy_Briefs/2023_10_Lieferketten/2023_DEval_PB_10_Lieferketten_DE_barrierefreiesPDF.pdf).
- DIHK (2023). Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirkt – aber vielfach nicht, wie gewünscht. <https://www.dihk.de/resource/blob/97882/906311b0bf7fb8db5b1f564aed4c8d1e/sonderauswertung-lieferketten-going-international-2023-data.pdf>.

- EU (2023a). 2023 annual report on the implementation of the European Union’s external action instruments in 2022. <https://data.europa.eu/doi/10.2841/331>.
- EU (2023b) Feasibility study on an EU strategy on export credits. Final report, annexes. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/85cf7eab-08cd-11ee-b12e-01aa75ed71a1/language-en>.
- FAZ (2023). Entwicklungszusammenarbeit: „Man muss auch polemische Kritik ernstnehmen“, Interview mit Jochen Flasbarth. <https://www.faz.net/-gpg-b7jcw>.
- GIZ (2022). Evaluierungsbericht 2022 – Digitalisierung für Entwicklung. <https://www.giz.de/de/mediathek/120961.html>.
- Global Times (2020). US tries in vain to exclude China’s BRI projects from international cooperation. <https://www.globaltimes.cn/page/202010/1203503.shtml>.
- Groß, E., & Nowak-Lehmann Danzinger, F. (2022). What effect does development aid have on productivity in recipient countries? Review of Development Economics, 26, 1438–1465. <https://doi.org/10.1111/rode.12889>
- GTAI (2020): China baut in Afrika. Fragen und Antworten für deutsche Anbieter. <https://www.gtai.de/de/trade/afrika/wirtschaftsumfeld/china-baut-in-afrika-225848>.
- IDOS (2017). Die Instrumente der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Zukunftsfähige Vielfalt oder weiterhin reformbedürftige Überdiversifizierung? <https://blogs.idos-research.de/2017/05/18/die-instrumente-der-deutschen-entwicklungszusammenarbeit-zukunftsfahige-vielfalt-oder-weiterhin-reformbeduerftige-ueberdiversifizierung/>.
- IfW Kiel (2021). Ökonomische Bewertung eines Lieferkettengesetzes, Studie im Auftrag von Gesamtmetall e.V. <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/oekonomische-bewertung-eines-lieferkettengesetzes-27092/>.
- IP (2009). Frischer Wind aus Asien, in: Die Neuvermessung der Welt, Internationale Politik – Das Magazin für globales Denken, 06/2009. <https://internationalepolitik.de/de/die-neuvermessung-der-welt>.
- iwd (2022). Lateinamerikanische Staaten können Lieferländer für Rohstoffe werden, Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. <https://www.iwd.de/artikel/lateinamerikanische-staaten-koennen-lieferlaender-fuer-rohstoffe-werden-563179/>
- KAS (2023). Anspruch und Wirklichkeit. Zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Auslandsinformationen, 39. Jahrgang, Ausgabe 3/2023. <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/ausgaben/detail/-/content/anspruch-und-wirklichkeit-deutscher-entwicklungszusammenarbeit>.
- KfW (2023a). Was leistet die PtX-Plattform? <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Unsere-Themen/PtX/PtX-Plattform/>.
- KfW (2023b). Finanzierung deutscher Exporte in afrikanische Bestellerländer. <https://www.kfw-ipex-bank.de/%C3%9Cber-uns/Unsere-Rolle-in-der-Au%C3%9Fen-wirtschaftsf%C3%B6rderung/Afrika-CIRR-Exportfinanzierungsprogramm/>.
- KPMG (2023). Afrika: Ein Kontinent im Aufbruch. Afrika-Studie 2023. <https://kpmg.com/de/de/home/themen/uebersicht/afrika-kontinent-im-aufbruch.html>.

- McKinsey Global Institute (2023). Reimagining economic growth in Africa. Turning diversity into opportunity. <https://www.mckinsey.com/mgi/our-research/reimagining-economic-growth-in-africa-turning-diversity-into-opportunity>.
- MININFRA (2022). Kigali Communique outlines principles for a just and equitable energy transition. <https://www.mininfra.gov.rw/updates/news-details/kigali-communique-outlines-principles-for-a-just-and-equitable-energy-transition>.
- Moss, T., Pettersson Gelande, G. & Walle, N. (2006). An Aid-Institutions Paradox? A Review Essay on Aid Dependency and State Building in Sub-Saharan Africa. Center for Global Development, Working Paper No. 74. [10.2139/ssrn.860826](https://ssrn.com/abstract=102139).
- OECD (2021), OECD Development Co-operation Peer Reviews: Germany 2021, OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/bb32a97d-en>.
- OECD (2022). 2022 Report on the Implementation of the DAC Recommendation on Untying Official Development Assistance. [https://one.oecd.org/document/DCD/DAC\(2022\)34/FINAL/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD/DAC(2022)34/FINAL/en/pdf).
- OECD (2023a). Aid at a glance charts, Official Development Assistance (ODA) flows for DAC and non-DAC members, recipients, and regions. <https://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/aid-at-a-glance.htm>.
- OECD (2023b). Development and Cooperation Profiles: Japan. <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/b8cf3944-en/index.html?itemId=/content/component/b8cf3944-en>
- OECD (2023c). Sustainable lending. <https://www.oecd.org/trade/topics/export-credits/sustainable-lending/>.
- UN (2023). Sustainable Development Goals Report 2023. <https://dashboards.sdgindex.org/>.
- UNCTAD (2023). World Investment Report 2023. <https://unctad.org/publication/world-investment-report-2023>.
- VDMA (2023). Learning from Others: Officially Supported Export Credits for Sub-Saharan Africa. <https://www.vdma.org/viewer/-/v2article/render/84967763>.
- Weltbank (2023a). DataBank. <https://databank.worldbank.org/home.aspx>.
- Weltbank (2023b). Rated Criteria: Promoting Value in World Bank Procurement. <https://projects.worldbank.org/en/projects-operations/products-and-services/brief/rated-criteria>.

## **Über den BDI**

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 39 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

## **Impressum**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)  
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

## **Ansprechpartnerin**

Vanessa Wannicke  
Referentin  
Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt  
Telefon: +49 30 2028-1563  
[v.wannicke@bdi.eu](mailto:v.wannicke@bdi.eu)

BDI Dokumentennummer: D 1872